

Die Befragung 2017 – regionale Auswertung der Geschäftsstelle (1. Teil)

Bessere Rente, gleiche Lastenverteilung in der Krankenversicherung, prekäre Beschäftigung abschaffen und Arbeitszeitgesetz erhalten – das wollen die Beschäftigten von der Politik.

Über 680 000 Beschäftigte aus rund 7000 Betrieben haben sich an der Befragung der IG Metall von Mitte Januar bis Ende Februar 2017 beteiligt. Im Bereich der Geschäftsstelle war die Beteiligung außerordentlich gut. Mit über 1500 Fragebögen lag die Beteiligung um 36% deutlich über der Beteiligung aus dem Jahr 2013. In allen Feldern der Sozialpolitik waren die Forderungen der Beschäftigten noch deutlicher als bundesweit. Die Befragung ist schon jetzt ein großer Erfolg und ein deutlicher Handlungsauftrag für die IG Metall und die Politik:

Arbeitsmarkt und Krankenversicherung: Die ungleiche Lastenverteilung der Krankenversicherung ist den Beschäftigten ein Dorn im Auge. 96% der Befragten wollen eine gleiche Lastenverteilung – ein klarer Handlungsauftrag an die Politik: Zusatzbeiträge für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der Krankenversicherung abschaffen und zur gleichen Beitragshöhe zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern zurückkehren.

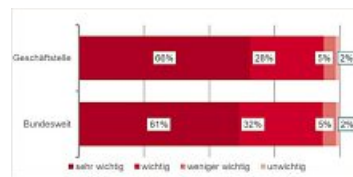
Sachgrundlose Befristung, Minijobs und prekäre Beschäftigung müssen abgeschafft werden.



Sachgrundlose Befristung Die volle Zustimmung zur Abschaffung der sachgrundlosen Befristung liegt innerhalb der Geschäftsstelle um fast 10% über dem Bundesschnitt. Hier ist offensichtlich die regionale Erfahrung, dass der Berufseinstieg häufig über Befristung oder Leiharbeit erfolgt und über Jahre Unsicherheit in der Lebensplanung besteht. Deshalb ist die Forderung, dass Arbeit dauerhaft Existenz sichern muss, besonders wichtig.

Gleiche Bildungschancen, unabhängig von der sozialen Herkunft, waren 95% der Befragten (bundesweit 93%) wichtig oder sehr wichtig. Und 86% der Befragten (bundesweit 83%) stimmen der Forderung nach der Verlängerung des Arbeitslosengeldes I zu oder eher zu. Nicht im Fokus der regionalen Belegschaft ist die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt. Dies war nur 49% der Befragten sehr wichtig oder wichtig. Im Gegensatz zum bundesweiten Ergebnis (62%) ist dies keine Mehrheit.

Wie wichtig sind für Sie Sicherheit und berufliche Perspektive in der Industrie 4.0 für alle?



Sicherheit und berufliche Perspektive in der Industrie 4.0 sind 94% der Befragten wichtig oder sehr wichtig. Interessant ist, dass diese Sensibilität der Befragten dort besonders hoch war, wo es greifbare Ansätze der Digitalisierung oder neue Fertigungsverfahren im Betrieb gibt. Deshalb war dieser Punkt den Beschäftigten bei Rolls-Royce, MTU, Mercedes, Gestamp und Viessmann besonders wichtig.

Beschäftigte brauchen auch in Zukunft ein Arbeitszeitgesetz, das der Arbeitszeit Grenzen setzt. Dazu gehört auch das Recht auf Abschalten (Ruhezeit).

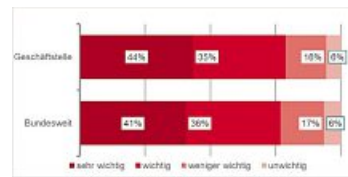


Arbeitszeit begrenzen 98% der Befragten wollen, dass den Arbeitszei-

ten auch gesetzlich Grenzen gesetzt werden. Die Arbeitgeber wollen momentan das Arbeitszeitgesetz aufweichen. Das Ergebnis der Beschäftigtenbefragung ist ein klares Signal an die Politik: **Hände weg vom Arbeitszeitgesetz!** Die hohe Zustimmung gerade in der Region zeigt aber auch die hohe Belastung der Beschäftigten bei den Arbeitszeiten. Deshalb ist hier der Wunsch nach einer Begrenzung so stark.

Auch zu den übrigen Fragen der Arbeitszeit sind die Forderungen an die Politik klar und eindeutig. 86% (bundesweit 84%) fordern eine finanzielle staatliche Aufstockung für die, die ihre Arbeitszeit für Erziehung, Pflege und Weiterbildung reduzieren und sogar 96% (bundesweit 93%) ist eine bessere Infrastruktur zur Vereinbarkeit von Familie und Arbeit sehr wichtig oder wichtig. 95% der Befragten fordern ein Rückkehrrecht von Teilzeit- in Vollzeitbeschäftigung (bundesweit 90%).

Wie wichtig ist für Sie Verteilungsgerechtigkeit durch eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen, hoher Vermögen und großer Erbschaften?



Für mehr Verteilungsgerechtigkeit

Fast 80% der Beschäftigten der Geschäftsstelle fordern eine höhere Verteilungsgerechtigkeit. Ein deutliches Votum für eine Wende in der Steuerpolitik.

Geschlechtergerechtigkeit ist keine Frauensache.

In der stark männerdominierten Metall- und Elektroindustrie sind 93% der Befragten der gleiche Zugang zur beruflichen Entwicklung und ein gleiches Einkom-

men für Männer und Frauen wichtig oder sehr wichtig (bundesweit 91%). **Gesetzliche Rente muss dringend reformiert werden!** 85% der Befragten sind für ein höheres Rentenniveau, auch wenn die Beiträge steigen. 87% meinen, dass die private Vorsorge die Rentenlücke nicht schließen kann. 94% fordern eine arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersvorsorge.

Glauben Sie, dass Sie bis 67 arbeiten können?



Eine Minderheit glaubt, bis 67 arbeiten zu können

Nur 45% der Befragten der Geschäftsstelle können sich vorstellen, bis 67 zu arbeiten. In den Betrieben mit hoher Arbeitsbelastung liegen die Werte noch deutlich darunter. Bei Pfeleiderer sind nur 39%, bei Schaeffler 37%, bei Mercedes 36%, bei Viessmann 31% und bei Translogistik in Waltersdorf gar nur 14% der Befragten der Auffassung, bis 67 durchhalten zu können. Die rentenpolitischen Forderungen der Beschäftigten sind deshalb glasklar: stabiles Rentenniveau, arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersvorsorge und ein früherer Renteneintritt.



TERMIN

Achtung Terminänderung: Neuer Termin Delegiertenversammlung: **19. Juni in Thyrow**